

Die Annahme effizienter Finanzmärkte hat in der Vergangenheit zu einer zu starken Deregulierung globaler Märkte geführt. Die Globalisierung, aber auch neue Informationstechnologien haben jedoch systemische Risiken und Ansteckungsgefahren deutlich erhöht. Für einzelne Staaten sind daraus erhebliche konjunkturelle und makroökonomische Risiken entstanden. Eine stärkere internationale

Koordination der Politik und eine institutionelle Weiterentwicklung der Finanzarchitektur sollten das Kräftegleichgewicht zwischen Staaten und Finanzmärkten wieder herstellen. Dies kann im besten Fall zu einer wechselseitigen Kontrolle („checks and balances“) führen, die dazu beitragen müsste, Krisen zukünftig effektiver zu vermeiden, früher zu erkennen und gegebenenfalls rascher zu beheben.

Ulrich Thielemann

Das Ende der Demokratie

Vor gut 15 Jahren verkündete der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, im erlauchten Kreise des Weltwirtschaftsforums Davos das Ende der Volkssouveränität. Er habe „bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden“. Das offenbar mehrheitlich marktlibertär geprägte oder vom Marktlibertarismus profitierende Publikum quittierte die Aussage im eher stillen Kreise des Weltwirtschaftsforums mit lang anhaltendem Beifall.¹ Auf die Frage, wer sein Favorit im Präsidentschaftswahlkampf ist, antwortete der langjährige Vorsitzende der US-Notenbank, Alan Greenspan, im September 2007: „Vielleicht zuerst einmal das: Wir haben das Glück, dass die politischen Beschlüsse in den USA dank der Globalisierung größtenteils durch die weltweite Marktwirkung ersetzt wurden. Mit Ausnahme des Themas der nationalen Sicherheit spielt es kaum eine Rolle, wer der nächste Präsident wird. Die Welt wird durch Marktkräfte regiert.“²

Der Tatbestand

Was tief marktreligiös geprägte Notenbanker wie Tietmeyer und Greenspan beschrieben und beklatschten, nämlich die „Disziplinierung der nationalen Wirtschaftspolitik durch die internationale Kapitalmobilität“,³ zeigt sich wohl erst heute in seiner ganzen Schärfe. Als Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler jüngst meinte, mit Blick auf Griechenland dürfe es keine „Denkverbote“ geben und auch „die Möglichkeit einer geordneten Staateninsolvenz“ sei zu prüfen,⁴ wurden diese Ansinnen nicht etwa politisch diskutiert. Immerhin ging es

um die Frage, ob Deutschland Bürgschaften in der Größenordnung von 66% seines Bundeshaushalts eingehen solle. Vielmehr wurde versucht, Rösler mit einem Sprechverbot zu belegen.

- Finanzminister Wolfgang Schäuble reagierte sofort. Er sei „strikt dagegen, dass über eine Insolvenz öffentlich diskutiert wird“, denn dies könne zu „unkontrollierbaren Reaktionen auf den Finanzmärkten“ führen.⁵ „Die Märkte“ dürften, so Schäuble ein paar Tage zuvor, „keine Zweifel an der Handlungsfähigkeit Europas haben“⁶ – vor allem daran nicht, dass die Politik nach den Vorgaben „der Märkte“ richtig handelt.
- Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte Rösler auf, „seine Worte sehr vorsichtig abzuwägen“⁷. Wer dies nicht tue, Sorge für „Unruhe auf den Finanzmärkten“, was offenbar unter allen Umständen zu vermeiden sei.
- Die Opposition nutzte die Gelegenheit, um das, was gemeinhin „Wirtschaftskompetenz“ genannt wird, zu markieren. Röslers Äußerungen seien, so der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jürgen Trittin, „amateurhaft“ und zeigten, dass da ein „Praktikant im Wirtschaftsministerium“ sitze. „Die Börsen reagieren.“⁸ Auch schon auf bloße Meinungsbeiträge, die ein Minister und Parteivorsitzender in den politischen Diskurs einspeist. Ins gleiche Horn blies der SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Als größte Volkswirtschaft Europas trügen die Mitglieder der deutschen Regierung eine „besondere Verantwortung“, nämlich die, keine „Sätze“ zu sagen, die „die Finanzmärkte gefährlich ins Rutschen“ bringen und deren „Vertrauen“ untergraben könnten.⁹ Nämlich ihr „Vertrauen“ darin,

1 Vgl. H. Schmale: Politik versus Märkte, in: Berliner Zeitung vom 19.5.2010.

2 Interview mit A. Greenspan: Ich bin im falschen Jahrhundert geboren, in: Tages-Anzeiger vom 19.9.2007.

3 H. Siebert: Disziplinierung der nationalen Wirtschaftspolitik durch die internationale Kapitalmobilität, in: D. Duwendag: Finanzmärkte im Spannungsfeld von Globalisierung, Regulierung und Geldpolitik, Berlin 1998, S. 41-67.

4 P. Rösler: Europa braucht ein Insolvenzverfahren für Staaten, in: Die Welt vom 11.9.2011.

5 Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,786113,00.html>, 14.9.2011.

6 Interview W. Schäuble: Ich bin mit Leib und Seele Parlamentarier, in: Der Tagesspiegel vom 28.9.2011.

7 Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,785924,00.html>, 13.9.2011.

8 Interview mit J. Trittin: Vizekanzler vergrößert Problem der Euro-Rettung, in: Passauer Neue Presse vom 14.9.2011.

9 Vgl. http://www.spd.de/aktuelles/News/17378/20110913_steinmeier_roesler.html, 13.9.2011.

ihnen die erwarteten Renditen zu verschaffen, statt diese zu gefährden.

Schöner hätten sich Huldiger des „freien“ Marktes, vor allem der „freien“ Bewegung des Kapitals, die „Disziplinierung“ (Siebert) der Politik durch „die Märkte“ – womit im Kern die Kapitalmarktakteure gemeint sind – nicht vorstellen können. Man darf noch nicht einmal mehr frei sprechen, wie gut oder wie schlecht die Argumente, die man dabei vorbringt, auch immer sein mögen. Was gute und was schlechte Argumente sind, das wird nicht mehr autonom nach Vernunftmaßstäben bestimmt, sondern ist durch „die Märkte“ vorentschieden. Es lässt sich kein Verlust an politischer Souveränität, an Volkssouveränität, denken, der weitreichender wäre. Dies gerade, weil er so unmerklich geschieht, weil da keine personal benennbare Macht ist, ein Tyrann oder ein Invasor etwa, der die Staatsgewalt an sich gerissen hätte. Und schließlich kann man ja, und man muss auch, weiterhin politisch handeln. Vorgegeben ist nur, was das „richtige“ Handeln ist, nämlich dasjenige, welches das „Vertrauen der Märkte“ nicht enttäuscht. Formal mag „alle Staatsgewalt“ noch „vom Volke ausgehen“. Doch ist neben und letztlich über das Volk, die Bürger, ein anderer Souverän getreten, der verschämt „die Märkte“ genannt wird und den die Betriebswirtschaftslehre schon lange zum „Prinzipalen“ gekürt hat. Diesem verspricht die Bundeskanzlerin dafür zu sorgen, dass die parlamentarischen Beschlüsse „trotzdem auch marktkonform“ ausfallen werden.¹⁰

Die „Hofierung“ des Kapitals

Diese Krise, die Demokratiekrise, die sogenannte „Euro“- und „Staatsschuldenkrise“, ist das Ergebnis einer gut drei Jahrzehnte währenden Politik der „Hofierung“ des Kapitals.¹¹ Damit haben sich Politik und Gesellschaft in eine ungeheure Abhängigkeit vom Kapital gebracht und sich von ihm unter Druck setzen lassen. Die verschiedenen Krisensymptome zeigen, dass sie diesem Druck nicht standhalten.

Diese „Hofierung“ ist einerseits der schieren Macht des global seine Entry- und Exit-Optionen wählenden Kapitals geschuldet, andererseits dem volkswirtschaftlich unaufgeklärten Glauben, dies alles sei irgendwie „gut für alle“. Zu den Erscheinungsformen dieser Hofierung zählen

- die Minderbesteuerung bzw. die fiskalische Privilegierung von Kapitaleinkommen,¹²

10 Vgl. <http://www.nachdenkenseiten.de/?p=10611>.

11 „Deutschland muss das Unternehmerkapital hofieren, weil nur dadurch Innovationen, Wachstum und Arbeitsplätze gewährleistet sind.“ Interview mit H.-W. Sinn, in: WSM Nachrichten vom 30.10.2005.

12 S. Bach, P. Haan: Spitzensteuersatz: Wieder Spielraum nach oben, in: DIW Wochenbericht, Nr. 46, 2011, S. 3-9.

- damit einhergehend die Finanzierung des staatlichen Ausgabenbedarfs vermehrt durch Besteuerung von Konsum und Arbeit einerseits, Verschuldung beim Kapital statt Besteuerung desselben andererseits,
- die zumindest partielle Ablösung des Umlage- durch das Kapitaldeckungsverfahren bei der Altersversorgung, da man annimmt, dann sei jeder „auf sich selbst gestellt“¹³ – als fielen die Kapitaleinkommen wie Manna vom Himmel und müssten nicht von den dann noch Beschäftigten erwirtschaftet und bereit gestellt werden,
- eine vor allem in den USA betriebene Tiefzinspolitik, durch die „das Banksystem aufgetaut“ werden sollte;¹⁴ denn bringe man, so der New Democrat Bill Clinton, „die Zinssätze nach unten“, würden „damit private Investitionen angeregt und die stagnierende Wirtschaft befeuert“¹⁵
- eine Deregulierung der Finanzmärkte, da man annahm, ein von „überflüssigen Regulierungen“ befreiter Finanzsektor einschließlich des „Ausbaus des Verbriefungsmarktes“ bilde, da er eine „kostengünstige Kapitalversorgung der Wirtschaft“ sicherstelle, „eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum“, was „allen Marktteilnehmern“ zum „Nutzen“ gereiche,¹⁶
- die Senkung des sozialstaatlich bestimmten Reservationslohns und damit die Möglichkeit zu Lohnsenkungen durch die Umsetzung der Agenda 2010.

Die Folge dieser Maßnahmen war eine Verschiebung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung zugunsten von Kapital- und zulasten von Arbeitseinkommen (Selbständige eingeschlossen), und zwar nicht nur in Deutschland¹⁷ und, besonders gravierend, in den USA,¹⁸ sondern im gesamten OECD-Raum.¹⁹ Die Folge war auch eine wachsende globale Finanzschuld. Diese stieg von 261% des Welt-BIP im Jahre 1990 auf 356% im Jahre 2010.²⁰ Wuchs das Weltsozialprodukt seit 1980 um den Faktor 6,3, so stieg der Gesamtbe-

13 S. Homburg: Kapitaldeckung als praktikable Leitidee, in: Rentenkrise. Und wie wir sie meistern können, Publikationen des Frankfurter Instituts – Stiftung Marktwirtschaft und Politik, 1997, S. 61-85, hier S. 63.

14 Interview mit A. Greenspan, CBS News, 11.2.2009.

15 B. Clinton: Between Hope and History, New York 1996, S. 23 f.

16 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005.

17 K. Brenke, M. M. Grabka: Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt, in: DIW Wochenbericht, Nr. 45, 2011, S. 3-15. Mehr als das gesamte Wachstum der letzten zehn Jahre kam Beziehern von Kapitaleinkommen zugute. Vgl. www.jjahnke.net/rundbr75.html#2113.

18 Vgl. die vom Institute for Policy Studies aufbereiteten Daten, <http://inequality.org/income-inequality>.

19 OECD: Growing Unequal?, Paris 2008.

20 C. Roxburgh, S. Lund, J. Piotrowski: Mapping Global Capital Markets 2011, www.mckinsey.com, S. 2.

stand der nominellen finanziellen Kapitalbestände (Derivate ausgenommen) um den Faktor 17,7.²¹

Die Weltfinanzkrise als Folge der „Hofierung“ des Kapitals

Die Kapitalmarktgläubigkeit zeigt sich nicht nur in den Rechtfertigungen für die verschiedenen Formen der Hofierung des Kapitals. Vielmehr ist sie auch daran zu erkennen, dass – soweit ersichtlich – kein Fachökonom und auch keine volkswirtschaftliche Agentur danach fragt, wie es den realwirtschaftlichen Akteuren gelingen können sollte, die Renditen zu erwirtschaften, die mit diesen weit überproportional angewachsenen Kapitalbeständen korrespondieren müssten, oder welches realwirtschaftliche Wachstum hierfür erforderlich wäre. Statt entsprechend zu wachsen, hat sich eine Umverteilung zugunsten der Inhaber von Kapitaleinkommen vollzogen, die diese zumindest teilweise durchaus konsumieren – was sich im Erfolg sogenannter „Plutonomy stock baskets“ zeigt.²² Gegen die gegenüber der derzeitigen Entwicklung kritischen Stimmen von keynesianischer Seite²³ gewandt, ließe sich formulieren: Wertschöpfungsketten lassen sich auch durch Luxuskonsum schließen.

Da Kapitaleinkommen an Vermögensbestände gekoppelt sind und sich auch in einem Zuwachs dieser manifestieren können, haben sich die globalen Ungleichgewichte zwischen Kapital und Realwirtschaften auch dadurch partiell Luft verschafft, dass die erwarteten Renditen diskontiert wurden. Mit dem Begriff des „Risikos“, das offenbar zu groß war, wie das Platzen der New-Economy-Blase ebenso wie die Eruption der Subprime-Krise in der Insolvenz von Lehman Brothers zeigt, werden die realwirtschaftlichen Zusammenhänge allerdings eher verdeckt als erhellt. Denn das Platzen von Finanzblasen zeigt lediglich an, dass die realwirtschaftlichen Akteure darin überfordert sind, den Rentiers die erwarteten Renditen zu verschaffen.

Durch die engen Abhängigkeiten einer hochgradig vernetzten Weltwirtschaft ist den Akteuren des Kapitalmarktes allerdings ein Hebel in die Hand gegeben, der es ihnen erlaubt, den Abbau der an sich illusionären Kapitalbestände zu verhindern. Dieses Problem der „Geiselhaft“²⁴ oder der

„Erpressung“²⁵ der Staaten durch die Finanzmarktakteure hat dazu geführt, dass die (noch greifbaren) Steuerzahler der EU-Mitgliedstaaten in den letzten drei Jahren „dem Finanzsektor Finanzhilfen und Bürgschaften in Höhe von 4,6 Billionen Euro zur Verfügung gestellt“ haben,²⁶ was 38% des EU-BIP entspricht. Die globale Staatsverschuldung und damit der staatlich zugesicherte Kapitaldienst hat sich im gleichen Zeitraum von 55% auf 69% des Welt-BIP erhöht.²⁷

Es ist diese erhöhte Schuldenstandsquote, die die Kapitalmarktakteure in Panik versetzt und die Zinslasten vor allem für die südlichen Peripheriestaaten nach oben getrieben hat. Um eine „Euro-Krise“ handelt es sich nur insoweit, als damit das „Geschäftsmodell“ Euro in Frage gestellt wird.²⁸ Dieses besteht darin, dass sich exportorientierte Staaten wie Deutschland (bzw. deren Nutznießer) vor der Aufwertung ihrer Währungen schützen konnten, indem sie sich hinter Staaten, denen eine solche nicht droht, gleichsam verstecken konnten. Diese Staaten konnten ihrerseits von günstigen Zinsen für Staatsanleihen profitieren (was ihre Staatsverschuldung seit der Einführung des Euro allerdings kaum erhöht hat), und zwar gerade dadurch, dass die gemeinsame Währung das verhindert, was nun auch von den Kapitalmarktakteuren sehnlich herbeigewünscht wird, nämlich eine Abwertung der Währung und insofern eine eher sanfte Vermögensentwertung.

Europa und die Welt an einer Wegscheide

Nicht nur Europa, die Welt steht an einer Wegscheide. Entweder das Kapital wird weiterhin „hofiert“ oder es wird gebändigt. Zur Hofierung gehören die Austeritätsprogramme, die jetzt überall in Europa, vor allem in den PIIGS-Staaten, installiert werden. Häufig von sogenannten „Technokraten“ statt von gewählten Politikern, da „weniger Demokratie“ offenbar „besser für die Märkte“ sei.²⁹ Gegenüber einer solchen Politik der „Rosskur“, denen nach Deutschland nun alle EU-Staaten zu unterwerfen seien, damit diese wieder „wettbewerbsfähiger“ würden,³⁰ gegenüber dem populistisch-neoliberalen Mainstream wenden Keynesianer zu Recht ein, dass Wettbewerbsfähigkeit ein relationales Konzept sei und somit des einen Wettbewerbsstärke des

21 Ebenda; D. Farell u.a.: Mapping Global Capital Markets, 2008, www.mckinsey.com, S. 10.

22 A. Kapur, N. Macleod, N. Singh: Plutonomy. Buying Luxury, Explaining Global Imbalances, Citigroup, 16.10.2005.

23 Vgl. etwa W. Vontobel: Europa spart sich kaputt, in: Der Freitag vom 17.9.2011; H. Flassbeck: Am Abgrund, Dezember 2011, www.flassbeck.de.

24 Interview mit H.-W. Sinn, 26.11.2010, www.welt.de; U. Thielemann: System Error. Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt, Frankfurt am Main 2009, S. 212 ff.

25 H. Hau, B. Lucke: Die Alternative zum Rettungsschirm, www.faz.net, 28.9.2011.

26 S. M. Barroso: Rede zur Lage der Union 2011, 28.9.2011, <http://europa.eu>.

27 C. Roxburgh, S. Lund, J. Piotrowski, a.a.O., S. 3.

28 Vgl. U. Thielemann: Das Ende der Staatsverschuldung, www.mem-wirtschaftsethik.de, 1.11.2011.

29 So sarkastisch J. Habermas: Rettet die Würde der Demokratie, www.faz.net, 4.11.2011.

30 Interview mit H.-W. Sinn, in: Tages-Anzeiger vom 18.9.2011, www.tagesanzeiger.ch.

anderen Wettbewerbsschwäche.³¹ Der Sinn der Austeritätsprogramme kann also nur entweder darin bestehen, dem Kapital weitere Abschöpfungserfolge zu gewähren, die Wettbewerbsfähigkeit des zu einem „Standort“ degradierten Gemeinwesens Europa gegenüber der übrigen Welt im Weltwirtschaftskrieg der Nationen zu stärken oder das (Welt-)Wachstum zu steigern – oder in einer Kombination aus all dem.

Die entscheidende Frage ist allerdings, ob die Welt und vor allem: ob die reifen (OECD-)Volkswirtschaften weitere Wachstumsanstrengungen und -pflichten wollen. Und ob es den wettbewerbsfähigen und -willigen Akteuren im Verein mit dem Kapital erlaubt sein soll, den Rest zu weiteren Wertschöpfungsanstrengungen, aus denen es einen wachsenden Anteil einfordert, zu zwingen.³² Dieser Zwang, der sich in der Ökonomisierung der Lebensverhältnisse manifestiert, besteht auch dann, wenn sich der Kapitaleinsatz nicht – wie die Neoliberalen fordern – direkt über Privatinvestitionen, sondern – wie es Keynesianer fordern – indirekt über staatliche Investitionen, also eine weiter wachsenden Staatsverschuldung, vollzieht.

In einer globalisierten Wirtschaft lässt sich Volkssouveränität nur weltinnenpolitisch zurückgewinnen. Grundvoraussetzung dafür, die wettbewerbsethischen Grundfragen nach dem Wollen und Dürfen einer weiteren Verschärfung des Wettbewerbs zu stellen und demokratisch zu beantworten, ist es allerdings, diesen Prozess, der bekanntlich ein Prozess „schöpferischer Zerstörung“ (Schumpeter) ist, und die Rolle des Kapitals in ihm, breitenwirksam zu verstehen, statt die „unsichtbar“ ablaufenden Prozesse weiter zu verdunkeln. Das Kapital fungiert nämlich als eine Art „Peitsche“ der realwirtschaftlichen Akteure, indem es hier zur „Schöpfung“ (zur Schaffung von Arbeitsplätzen) beiträgt und gerade dadurch dort zur „Zerstörung“ von Einkommenspositionen, was die Wettbewerbsverlierer zu weiteren Wertschöpfungsanstrengungen nötigt.³³ Dadurch entsteht das Wachstum. Doch ist die Frage, ob die sozialen und ökologischen „Kosten“ eines weiteren Wachstums nicht zu hoch ausfallen könnten. Für weiteres Wachstum zu plädieren, wie dies neoliberal wie keynesianisch geprägte Ökonomen tun, sei es ausdrücklich oder qua Implikation ihrer Vorschläge, entspricht einer Anmaßung von Wissen und einer Kompetenzüberschreitung.

Zur „Würde eines vernünftigen Wesens“ gehört, „keinem Gesetz“, keiner Vorschrift, Vorgabe, Norm usw., „zu gehorchen“ als demjenigen, das wir uns „als vernünftige Wesen“

31 H. Flassbeck: Wer im Glashaus sitzt, in: Hamburger Abendblatt vom 29.11.2011.

32 Vgl. zu diesen beiden wettbewerbsethischen Grundfragen U. Thielemann: Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept. Kritik des Neoliberalismus, Marburg 2010, S. 329 ff.

33 Vgl. ebenda, S. 357 ff.

aus freier Einsicht „selbst geben“.³⁴ Derzeit aber werden wir von zwar menschengemachten, aber undurchschauenden „Gesetzen“ bestimmt, wodurch die Volkssouveränität Schaden nimmt und wir der politischen Freiheit verlustig zu gehen drohen. Dies ist ein Zustand politischer Würdelosigkeit. „Wohlgeordnet“, schreibt John Rawls, ist eine Gesellschaft nur, wenn sie „von einer gemeinsamen Gerechtigkeitsvorstellung wirksam gesteuert“ werde³⁵ – statt etwa von „Marktgesetzen“.

Nun mag es zwar sein, dass die Gesellschaften den „Marktgehorsam“,³⁶ der zu guten Teilen ein Kapitalmarktgehorsam ist, aus freien Stücken wollen. Dies allerdings ist schon darum unwahrscheinlich, da über die marktökonomischen Zusammenhänge beinahe vollständige Ahnungslosigkeit herrscht. Darum dürfte die Verschuldungsfinanzierung des mit der Reife einer Volkswirtschaft offenbar wachsenden staatlichen Ausgabenbedarfs, der übrigens auch wächst, um die Folgen eines verschärften Wettbewerbs abzufedern und die mangelnde Leistungsgerechtigkeit der marktwettbewerblichen Einkommensverteilung³⁷ zu korrigieren, als unwürdig zu klassieren sein. Schon allein um wieder offen öffentlich diskutieren zu können, ohne dabei befürchten zu müssen, von „den Märkten“ abgestraft zu werden, ist der staatliche Ausgabenbedarf stattdessen vermehrt über die Besteuerung insbesondere des Kapitals zu decken und sind die Staatsdefizite, die ja auch bislang vom Kapital finanziert werden, durch dessen Besteuerung zu schließen.

Es dürfte kein Zufall sein, dass in Zeiten nicht nur hohen Wachstums, sondern auch der breiten Teilhabe aller Beschäftigten am Wohlstand das Kapital weit höher besteuert wurde als heute, obwohl ihm deutlich niedrigere Anteile an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung zukamen. In den USA etwa lag der Grenzsteuersatz in der Nachkriegszeit bis Ende der 1970er Jahre bei über 70%.³⁸ Und natürlich sind hohe Einkommen vor allem Kapitaleinkommen. Es dürfte sich von selbst verstehen, dass eine wieder angemessene und d.h. höhere Kapitalbesteuerung nur in einer global koordinierten Anstrengung gelingen kann. Durch diese würden die Kapitalbestände verringert und dem Konsum zugeführt, statt als „Peitsche“ der Realwirtschaften zu fungieren, was diese offenbar zunehmend überfordert.

34 I. Kant: Grundlegung der Metaphysik der Sitten, Frankfurt am Main 1968, S. 67.

35 J. Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main, S. 21.

36 K.-H. Brodbeck: Was heißt eigentlich Marktgehorsam?, in: M. Abländer, P. Ulrich (Hrsg.): 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft, Bern u.a. 2009, S. 45-67.

37 Vgl. U. Thielemann: Die Verteilungsfrage als Fairnessfrage, www.mem-wirtschaftsethik.de, 1.9.2011.

38 T. Piketty, E. Saez, S. Stantcheva: Optimal Taxation of Top Labor Incomes, NBER Working Paper 17616, November 2011, <http://elsa.berkeley.edu/~saez/piketty-saez-stantchevaNBER11thirdelasticity.pdf>, S. 48.